



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

53. Sitzung (öffentlich)
4. März 2004
Düsseldorf - Haus des Landtags
13:30 Uhr bis 14:55 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)
Stenograf: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt der **Ausschuss** überein, den Tagesordnungspunkt **"Neues e-Medium nutzen - Wertschöpfung am Standort NRW beschleunigen"** von der Tagesordnung abzusetzen.

1

1 Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften zwecks Anpassung an die Erfordernisse der elektronischen Arbeitsweise der Verwaltung (Elektronik-Anpassungsgesetz)

2

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4986

Die Beratung des Gesetzentwurfs wird zurückgestellt, bis die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände vorliegt.

2 Erstes Gesetz zur Befristung des Landesrechts Nordrhein-Westfalen 2

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4868
Vorlage 13/2653

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung des Gesetzentwurfs

**3 Gesetz über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten (Rettungs- 4
taten G)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4869

Mit den Stimmen der SPD-, GRÜNEN- und FDP-Fraktion sowie gegen
die Stimmen der CDU-Fraktion empfiehlt der Ausschuss dem Landtag,
den Gesetzentwurf anzunehmen.

4 Gesetz zur Änderung des Studentenwerkgesetzes (STWG) 5

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4998

Der Ausschuss vertagt die Beratung über den Gesetzentwurf.

**5 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein- 5
Westfalen**

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4559

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen
der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion emp-
fiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Haupt-
ausschuss, den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion abzulehnen.

6 Bundeseinheitliches Antikorruptionsregister

6

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4764

Der Ausschuss vertagt die Beratung über den Antrag der FDP-Fraktion.

7 Einrichtung für delinquente Kinder als Beitrag zur Verhinderung von Straftaten und zur Förderung der Inneren Sicherheit in NRW

6

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4400

Mit den Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion sowie gegen die Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion beschließt der **Ausschuss**, ein Expertengespräch durchzuführen.

8 Stand der geplanten Schließung der Polizeischulen

8

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Staatssekretär Hans Krings (IM) entgegen und führt darüber eine Aussprache.

9 Neue Zentrale des Kalif-Staates in Köln-Ehrenfeld

10

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

10 Kann der Landrat des Kreises Paderborn, der am Steuer seines Dienstwagens die örtliche Geschwindigkeitsbegrenzung erheblich überschritten hat, für sich Sonderrechte in Anspruch nehmen?

12

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

11 Tötung eines Polizeibeamten des SEK Köln am 03.02.2004

13

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

Ausschuss für Innere Verwaltung
und Verwaltungsstrukturreform
53. Sitzung (öffentlich)

04.03.2004

rt-be

1 Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften zwecks Anpassung an die Erfordernisse der elektronischen Arbeitsweise der Verwaltung (Elektronik-Anpassungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4986

Vorsitzender Klaus Stallmann teilt mit, das Plenum habe den Gesetzentwurf am 11. Februar 2004 an den Innenausschuss federführend und an den Ausschuss für Kommunalpolitik mitberatend überwiesen. Der mitberatende Ausschuss habe noch nicht votiert. Auch die Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände gemäß Anlage 9 der Geschäftsordnung stünden noch aus.

Auf Vorschlag von **Theo Kruse (CDU)** kommt der **Ausschuss** überein, die Beratung des Gesetzentwurfs zu vertagen, bis die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände vorliege.

2 Erstes Gesetz zur Befristung des Landesrechts Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4868
Vorlage 13/2653

Vorsitzender Klaus Stallmann führt aus, am 28. Januar 2004 habe der Landtag den Gesetzentwurf federführend an den Innenausschuss sowie an alle weiteren Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen. Wie seinem Schreiben vom 28. Januar 2004 - Vorlage 13/2653 - entnommen werden könne, habe er die Fachausschüsse um Mitteilung ihrer Beratungsergebnisse bis Ende April gebeten.

Dr. Hans-Joachim Franke (CDU) legt dar, zwar begrüße seine Fraktion den Gesetzentwurf, allerdings fürchte er, dass dieser erste Schritt nicht zu einer durchsichtigeren Rechtslage führen werde, wenn nicht gleichzeitig die Absicht damit verbunden werde, bei neuen Gesetzen und Novellen Sachbereiche, die zusammengehörten, zusammenzufassen. Dies sage er auch vor dem Hintergrund des nächsten Tagesordnungspunktes, denn es gebe eine Reihe von vergleichbaren Gesetzesmaterien, die es sinnvoll erscheinen ließen, alle ehrenamtlichen Tätigkeiten unter dem Gesichtspunkt der besonderen Anerkennungswürdigkeit zu diskutieren. Nunmehr werde wieder ein enger Sachverhalt herausgegriffen, obwohl man genau wisse, dass es eine ganze Bandbreite von Ehreungsmöglichkeiten für die unterschiedlichsten Sachverhalte gebe. Seiner Ansicht nach sei es mit einer reinen Befristung von Gesetzen nicht getan.